Nach dem Parteitag

Von Ruth Fischer.

Unser 10. Parteitag ist vorüber. Er hat eine Fülle von neuen Aufgaben für die Partei hinterlassen. Unsere bürgerlichen und sozialdemokratischen Gegner können sich über die Geräuschlosigkeit und die Sachlichkeit des Parteitages nicht beruhigen. Ja, unser Parteitag hat keine Sensation geboten. Er hat nüchterne, sachliche, ernste Arbeit geleistet für den inneren Aufbau der Partei und für die Organisierung der Arbeitermassen. Trotz aller Versuche kleiner Gruppen von Rechten und Ultralinken war die Einheitlichkeit des Parteitages in allen politischen und organisatorischen Fragen so groß, daß die Gegner, die auf eine große Krise, einen großen Krach rechneten, enttäuscht sind und nicht auf ihre Kosten kommen. Diese Einheitlichkeit, diese Geschlossenheit unserer Partei ist seit dem Bestehen der Partei noch nie so stark und so kräftig gewesen wie auf diesem Parteitag. Die Aufgabe, die Frankfurt stellte, eine einheitliche Partei zu schaffen, die Schwierigkeiten zwischen den Bezirken zu überwinden, die Gruppierungen und Fraktionen zu zerstören, diese Aufgabe ist gelöst. Gewiß, wir werden auch in der Zukunft noch Auseinandersetzungen, noch Meinungsverschiedenheiten, noch Versuche von Fraktionsmachereien haben. Aber an der Geschlossenheit und Einheitlichkeit der Partei werden alle diese Versuche abprallen.

Was ist das wichtigste Ergebnis des Parteitages, was sind die wichtigsten Aufgaben, die er uns stellt?

Der Parteitag bringt erstens eine Klarstellung der Frage der Stabilisierung des Kapitalismus im internationalen wie im deutschen Maßstabe. Die Lage richtig einschätzen, aber nie vergessen, daß das Zeitalter des Imperialismus das Zeitalter der Weltrevolution ist, die Labilität der kapitalistischen „Stabilisierung", die Schwierigkeiten im Lager der Imperialisten sehen und verstehen lernen — das ist die Perspektive, die der 10. Parteitag gibt. Deutschland, das sich im gegenwärtigen Moment vollständig und restlos an die „Kreditgeber", an die Westmächte verkauft, verdankt seine Stabilisierung den ausländischen Schutzherren; ohne die Hilfe der Bankiers von Neuyork und London wäre die Mark nicht so fest geworden. Die Schwierigkeiten im Lager der imperialistischen Welt wachsen. Marokko, China, die französische Wirtschaftskrise, die wachsenden Schwierigkeiten des Imperialismus in England, in Europa, in Afrika und in Asien bezeichnen die Stellen, an denen die Konflikte der unmittelbaren Zukunft ausbrechen werden. Die deutsche Stabilisierung bricht zusammen an den eigenen inneren Widersprüchen und an den Differenzen seiner Kolonialherren.

Zweitens: Der Parteitag hat uns gelehrt, ohne Preisgabe unserer Grundsätze unsere Taktik der jetzigen Periode anzupassen. Die Depression und die Niedergeschlagenheit, die die Arbeitermassen durch den Verrat der sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer ergriffen hat, gilt es mit frischer Initiative zu überwinden. In die Reihen der Arbeiter wieder Kampfentschlossenheit, Mut, Willen zur einheitlichen Aktion hineinzutragen und die nächsten Kampfesziele abzustecken, für diese Kampfesziele die Massen zu sammeln, zur Sammlung dieser Massen, dem Gegner rasch und richtig jederzeit Antwort geben zu können — das hat uns der 10. Parteitag gelehrt. Die SPD. arbeitet mit dem zeitweiligen Erstarken des Kapitalismus. Der Demagogie und den Verwirrungskünsten der SPD. schafft ein zeitweiliger Sieg der Kapitalisten den besten Boden. In diesem Millimeter für Millimeter, Schritt für Schritt den Gegner aus seinen Positionen in den Massen zurückzudrängen, in den Betrieben und in den Gewerkschaften wirkliche Tagesarbeit machen und dabei unsere revolutionären Grundsätze immer und tiefer in die Massen hineinzubringen — eine schwere Aufgabe, deren Lösung wir erst angefangen haben, aber zu deren Erfüllung der 10. Parteitag einen großen Teil beigetragen hat. —

Drittens: Parteitag der Bolschewisierung — so haben wir unseren Parteitag genannt. Wir wollten damit ausdrücken, daß die deutsche Partei vollständig und restlos, ohne jegliche Verschleierungen nach den vielen Fehlern, Mängeln und Schwächen, die begründet sind in den Fehlern, Mängeln und Schwächen der deutschen Arbeiterklasse, sich vollständig und restlos auf den Boden des Leninismus stellen muß. Ohne sorgfältige Durcharbeitung der Partei im Sinne des Leninismus, eine einheitliche Theorie, ohne Verbindung dieser Theorie mit der Praxis, ohne vollständige und hartnäckige Bekämpfung jeder „Nüance", die vom Leninismus abführt, werden wir niemals die Massen erobern und die Bourgeoisie besiegen können. Die Erkenntnis von den Fehlern und Irrtümern der Vergangenheit, die in Frankfurt gefühlsmäßig von der Mehrheit der Partei aus den Oktoberlehren begriffen wurden, ist jetzt tiefer und reifer, verankert in der Parteimitgliedschaft, ist gereinigt und geläutert durch die bitteren Erfahrungen der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut, der Kommunistischen Partei. Auch die Fehler und Irrtümer des letzten Jahres, die ultralinken Kindereien, die zum Teil unvermeidliches Produkt der Umgruppierung der Partei waren, die uns aber schweren Schaden gebracht haben — was der Parteitag offen und ohne jede Beschönigung ausgesprochen hat —, diese ultralinken Fehler müssen restlos und vollständig überwunden werden.

Das ist der Beschluß des 10. Parteitages und daran muß die ganze Partei arbeiten!

Im gegenwärtigen Moment wird die deutsche Arbeiterklasse von neuen schweren Vorstößen der kapitalistischen Offensive bedroht. Der Brotwucher, der Zollwucher, der Steuerwucher, die drohende Teuerung, die den Wert der ohnehin niedrigen Löhne noch tiefer herabsetzt, lange Arbeitszeit, niederträchtiges Akkordsystem, neue Ausbeutungsmethoden aller Art ruinieren die Gesundheit und Arbeitskraft von Millionen und Abermillionen. Die Reaktion, die Monarchisten sind etwas „ruhiger" in der Oeffentlichkeit geworden, aber sie arbeiten unablässig und still am Ausbau ihrer Positionen. Die Komödie der Hindenburg-Amnestie befreit nur den kleinsten Teil der revolutionären Kämpfer, gibt aber allen Kappisten, darunter Herrn von Lüttwitz, die Möglichkeit, ihre segensreiche Tätigkeit nun wieder ungehindert in Deutschland ausüben zu können. Dieser Verschärfung der innerpolitischen Lage über die Arbeiterklasse gesellt sich zu die gefährliche Wendung in dem Kurs der deutschen Außenpolitik, die von Breitscheid u. Cie. jubelnd begrüßt wird. Der Garantiepakt ist fertig. Was nach der Antwortnote Stresemanns in Paris noch folgen wird, das werden Verhandlungen um Einzelheiten sein, aber in der großen Linie sind die Würfel gefallen. Deutschland ist dorthin gegangen, wo die Geldgeber sitzen. Die Kolonie orientiert sich politisch nach ihren Herren. Der Westpakt isoliert Deutschland von Rußland, verstärkt die allgemeine Kriegsgefahr, reiht das Deutsche Reich ein in die antibolschewistische Front. Die Saat, die heute gesät wird unter der aktiven Hilfe der Sozialdemokratie, die nicht oft genug betonen kann, daß die Stresemann-Politik ihre Politik ist, kann furchtbar und blutig aufgehen, schneller als die Arbeiterklasse heute denkt. Der 10. Parteitag hat die Lösung der internationalen Gewerkschaftseinheit entgegengestellt dem Räuberpakt der Kapitalisten. Im gegenwärtigen Moment rüsten wir für Kundgebungen zum Tage der Wiederkehr des Krieges, gegen Hunger und Teuerung, für Achtstundentag und menschenwürdige Löhne und vor allem gegen die Kriegsgefahr und gegen den Imperialismus.

In allen Betrieben mit der ganzen Anstrengung, mit der Hingebung der Kraft jedes einzelnen Mitgliedes die Front der Kommunistischen Partei zu verbreitern, mit sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern gemeinsam die Vorbereitungen zu treffen für breite, einheitliche Massenaktionen, für die kommenden großen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Proletariat und Kapitalistenklasse — das sei die nächste Aufgabe der Partei, bei der wir alle Lehren und Ergebnisse unseres Parteitages benutzen, bei der wir beginnen müssen, alle seine Beschlüsse in die Tat umzusetzen.

Emil Eichhorn †

Berlin, 27. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Genosse Emil Eichhorn, einer der wenigen Alten aus der sozialistischen Führerschaft, die dem revolutionären Proletariat die Treue bewahrt haben, ist gestern früh 5 Uhr im Krankenhaus gestorben. Der Tod Emil Eichhorns kommt für alle, auch für die nächsten Bekanntenkreise, unerwartet. Anfang dieses Monats konnten wir ihn noch unermüdlich und immer tätig in den Reihen unserer Reichstagsfraktion mit seinem umfangreichen Wissen bei der Arbeit sehen. Als ihn eine tückische Krankheit vor ungefähr zwei Jahren für lange Monate aufs Krankenbett warf, glaubten wir, daß er sich nicht mehr erhole. Doch kam er wieder in unsere Reihen, und das revolutionäre Berliner Proletariat schickte ihn am 7. Dezember vorigen Jahres abermals in das Reichsparlament.

Emil Eichorn wurde am 9. Oktober 1863 in Röhrsdorf bei Chemnitz geboren. Unter dem Sozialistengesetz schloß er sich der damals verbotenen sozialistischen Bewegung an und hat in dieser lebhaften Anteil an der illegalen Arbeit genommen. Emil Eichhorn ist nahezu 62 Jahre alt, und als Metallarbeiter stand er sowohl in politischer als auch gewerkschaftlicher Organisation stets in der vordersten Front. 1893 wurde er Redakteur an der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" in Dresden und darauf Chefredakteur an der „Mannheimer Volksstimme". 1901 schickte ihn die Mannheimer Arbeiterschaft in den badischen Landtag und 1903 die Pforzheimer Arbeiterschaft in den Reichstag, dem er bis zu seinem Tode angehörte. Emil Eichhorn stand bereits in der alten Sozialdemokratischen Partei mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und anderen stets auf äußerstem linken Flügel. Die USPD. berief ihn 1918 auf den Posten des Berliner Polizeipräsidenten. Während nun die gesamte sozialdemokratische und unabhängige Führerschaft das Berliner revolutionäre Proletariat auf Schritt und Tritt verraten und verkauft haben, hat Emil Eichhorn der Revolution die Treue bewahrt. Daher unauslöschlicher Haß und Wut Eberts und Scheidemanns, der dann am 12. Januar 1919 die monarchistischen Weißgardisten gegen das Berliner revolutionäre Proletariat marschieren ließ, wobei es zu erbitterten Straßenkämpfen kam. Die republikanische Klassenjustiz verfolgte Emil Eichhorn bis zu seinem Tode. Ein Verfahren, das 1919 gegen ihn eingeleitet wurde, ist bis heute noch nicht eingestellt, und bei jeder Reichstagsauflösung mußte Emil Eichhorn sich durch die Flucht der ihm drohenden Verhaftung entziehen.

Krieg dem Kriege!

In Sachsen demonstrierte gestern die revolutionäre Arbeiterschaft gegen den imperialistischen Krieg und den Zollwucher. In Dresden hatten die KPD., der internationale Bund der Kriegsopfer und der Frontkämpferbund zu einer gemeinsamen Kundgebung aufgerufen. In den Annensälen fand um 9 Uhr vormittags eine gutbesuchte Versammlung statt. Der zum ersten Male auftretende Tambourkorps der Frontkämpfer eröffnete die Kundgebung mit dem Spiel der Internationale. Nach einer kurzen Ansprache des Genossen Renner, der besonders darauf hinwies, daß SPD. und ADGB. wohl am Freitag zur Versammlung aufgerufen haben, aber bisher nicht gewillt sind, ernsthaft den Kampf zu führen, sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Rädel. Er zeigte die kompromißlerische Haltung der SPD., die der Arbeiterschaft durch die Steuern und Zölle drohenden Gefahren, die durch die Rüstung der Imperialisten, die Annahme der Unterwerfungsnote durch die monarchistische Luther-Regierung heraufziehenden Gefahren der neuen Kriege. Gegen den Krieg, so erklärte der Redner, hilft nur der entschlossene Kampf der gesamten Arbeiterschaft. Die Ausführungen des Genossen Rädel wurden von den Versammelten mit stürmischer Begeisterung aufgenommen.

Es sprachen dann noch für den internationalen Bund der Kriegsopfer Kollege Frenzel und für den RFB. Kamerad Koch.

Nach der Versammlung formierten sich die Teilnehmer zu einem Demonstrationszug durch die Stadt. Voran der Jungsturm, dann der Tambourkorps der Frontkämpfer, dahinter die Frontkämpferformationen und zum Schluß die KPD. und sonstige Teilnehmer, zirka 2500 Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Zug, geleitet und geführt von den diszipliniert marschierenden Frontkämpfern, mit dem Wald von roten Fahnen und Bannern, machte einen imposanten Eindruck. Trotz des einsetzenden Regens blieb der Zug geschlossen bis zur Auflösung.

Der Schall der Trommeln und Pfeifen des zum ersten Male mitmarschierenden Tambourzuges rief die Arbeiter und Arbeiterinnen an die Fenster und Türen und dürfte dazu beigetragen haben, neue Massen aufzurütteln. Schwimmen wir auch noch gegen den Strom, so wird doch die Masse der zur KPD. stehenden Arbeiter immer größer. Der gestrige Aufmarsch zeigte den Arbeitern wieder, daß nur die KPD. ernsthaft entschlossen ist, gegen den Raubzug der Kapitalisten und die Kriegsgefahr zu kämpfen.

Aufgabe der Genossen der KPD. ist es nun, die Arbeiter um uns zu scharen. Systematische und sichere Arbeit führt uns zum Ziel!

Massenaufmarsch der Roten Front gegen die imperialistische Kriegsgefahr

Chemnitz, 27. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Antikriegskundgebungen am Sonntag im Erzgebirge-Vogtland waren massenhaft besucht. An der Kundgebung in Chemnitz beteiligten sich mehr als 20 000 Arbeiter und Arbeiterinnen, fast um die Hälfte mehr als am Freitag, wo die Gewerkschaften und die SPD. aufgerufen hatten. Die Kundgebung stellt die größte politische Demonstration seit 1923 dar. Im Bezirk waren die Kundgebungen nicht minder stark. Während am Freitag die SPD. kaum 50 Besucher in ihren Versammlungen hatte, waren bei uns tausend. Besonders stark waren die Kundgebungen in Plauen und Zwickau.

Massenaufmarsch in Borna

Leipzig, 27. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern fand in Borna ein Roter Tag statt, der den Auftakt zu den Antikriegskundgebungen am 2. August bildet. Unter äußerst starker Beteiligung der Bergarbeiter demonstrierten 7—8000 Arbeiter. 70 rote Fahnen wurden im Zuge gezählt. Die Demonstration war seit August 1923 die stärkste. Ein chinesischer Genosse überbrachte Grüße der chinesischen Arbeiter.

Massenaufmarsch in Halle

Halle, 27. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Antikriegskundgebung in Halle stand im Zeichen der roten Fahne. An der Begrüßungsfeier am Sonnabend nahmen schon 5000 Arbeiter teil, obwohl die meisten auswärtigen Delegierten erst im Laufe der Nacht und Sonntag früh eintrafen. Große Delegationen hatten der Rote Frontkämpferbund Hamburg, Leipzig, Berlin usw. geschickt, die teilweise in langen Märschen angekommen waren, teilweise auf geschmückten Lastautos anlangten. Der Demonstrationszug am Sonntag vormittag zählte angeblich 18 000 Teilnehmer, darunter 6000 uniformierte Frontkämpfer. Besonders fielen auf die starken Abteilungen der Armen des Jung-Spartakus-Bundes und der Kommunistischen Jugend. Auf dem Halmarkt nahmen 15 000 Arbeiter an der Kundgebung teil. Genosse Thälmann sprach über die drohende Kriegsgefahr und die proletarische Einheitsfront. 20 000 Arbeiter waren auf beiden Seiten der Straßen versammelt, durch die die Demonstration sich bewegte. In den Arbeitervierteln waren viele Häuser mit roten Fahnen geschmückt, trotzdem die Hauswirte den Leuten erklärt hatten, die Fenster einzuschlagen, an denen rote Fahnen sind. Im Anschluß an die Rede Thälmanns [illegible] der Roten Jungsturm in Halle und dem Roten Frontkämpferverband in Delitzsch eine rote Fahne überreicht.

Weshalb die Massen fehlten

Die Sozialdemokraten jammern, daß zu der Demonstration am Freitag nicht die genügenden Massen erschienen seien. Natürlich müssen alle Gründe dazu herhalten, dies zu begründen. Das schlechte Wetter, die kurze Zeit zur Einberufung, der Konflikt in der SPD. Die Gründe liegen aber in Wirklichkeit tiefer, und das wissen die Führer von der SPD. auch. Seit Jahren hat man die Arbeiter hingehalten, nicht nur die Regierung Luther mehrfach Pfefferkorn geschützt, sondern den kapitalistischen Regierungen durch Zustimmung zu den Ermächtigungsgesetzen die Handhaben zur Unterdrückung der Arbeiter gegeben. In Sachsen haben die Sozialdemokraten die Gemeindeordnung verschlechtert. Die Gewerkschaften haben jedem Druck der Unternehmer nachgegeben, ohne einen ernsthaften Widerstand zu leisten, die Arbeiter mit ein paar Pfennigen Lohnerhöhung in die Betriebe zurückgetrieben. Im Reichstag hat die SPD. keinen ernsthaften Kampf gegen die Zölle geführt. Im „Vorwärts" wurde dauernd für Kompromisse eingetreten. Die Industriezölle bewilligt die SPD. und die Gewerkschaftsführer haben den Arbeitern vorgeredet, wenn die Stabilisierung komme, werde die Lebenslage der Arbeiter besser.

Daß jetzt, unter dem Druck der Massen wegen deren ständig sich verschlechternder Lage SPD. und ADGB. zur Demonstration aufrufen, ist doch nur eine neuerliche Bankerotterklärung der SPD.-Politik.

Wenn die SPD.-Zeitungen jetzt schreiben, SPD. und Gewerkschaften haben alles mögliche zur Bekämpfung der Verteuerung getan, so ist das unwahr, und die Arbeiter glauben es nicht. Die Massen haben das Vertrauen verloren, deswegen sind sie nicht erschienen. Die volle Schuld an der politischen Müdigkeit der Massen trifft die SPD. und Gewerkschaftsführer, die im Interesse der Unternehmer die Interessen der Arbeiter verraten.

Haben denn SPD. und ADGB. jetzt wenigstens die Absicht, ernsthaft zu kämpfen? Bisher noch nicht. In ihrer Resolution müssen sie zugeben, daß ihre Politik bankrott machte, sie müssen schreiben, daß eine „weitgehende Verteuerung" und „unerträgliche Belastung der großen Massen eintritt," daß die Zollvorlage die Lebenshaltungskosten steigert, die Unternehmer die Löhne drücken. Aber was schlagen sie zur Abwehr vor? Nichts. Sie erklären nur, „die Versammelten lehnen diese Zollvorlage auf das entschiedenste ab." Also nicht einmal gegen alle Zölle wenden sich SPD. und ADGB. Daß sie nicht die Absicht zu ernsthaftem Kampf haben, zeigt ja auch die Zerreißung der Einheitsfront, das Ausschließen der revolutionären Arbeiter, der Kommunisten.

Noch ist es Zeit zur Abwehr, sämtliche gesetzlichen und außerparlamentarischen Mittel müssen in die Wagschale geworfen werden. Wollen diese Führer der Republik den Zollwucher zu Fall bringen, so müssen sie den Volksentscheid einleiten. Sie wollen es nicht. Ihre Demonstrationen sollten ihnen nur die Deckung geben für ihre Untätigkeit und den Massendruck auffangen. Klar zeigt die Absicht aus dem Satz der „Dresdner Volkszeitung", mit der sie zu der Freitagsdemonstration schreibt: „Wenn diesem Ruf (zur Demonstration, d. Red.) nicht in gebührendem Maße Folge geleistet wurde, so können Partei und Gewerkschaften später darauf verweisen, daß sie zur rechten Zeit gewarnt haben." Das ist die offene Plattform zum Verrat der Massen. Erst hat man die Arbeiter belogen und deprimiert, dann schreit man über diese Methode, die Massen sind schuld.

Die Arbeiter müssen den ADGB. zwingen, gegen den Zollwucher zu kämpfen.

Die rheinisch-westfälischen Gemeindearbeiter vor dem Streik

Essen, 27. Juli. Nachdem der Unternehmerverband der rheinisch-westfälischen Gemeinden jede noch so geringe Lohnerhöhung abgelehnt hat, wurde in einer kombinierten Sitzung der freien und christlichen Gewerkschaften folgende Entschließung gefaßt: „Die am 23. Juli versammelten Vertrauensleute der Organisationen treten mit Entrüstung dem unsozialen Verhalten der Unternehmer entgegen und beschließen, alles zu tun, um die berechtigten Forderungen der Gemeindearbeiter durchzusetzen. Beharren die Unternehmer auf ihrem ablehnenden Standpunkt, so werden die Gemeindearbeiter mit der Arbeitsniederlegung antworten."

Internationale Kampffront

(EP.) **Paris**, 25. Juli. Am nächsten Dienstag versammelt sich in Paris der Vollziehungsausschuß des Internationalen Grubenarbeiterverbandes, um den Vorschlag der englischen Grubenarbeiter zu prüfen, wonach im Falle eines englischen Grubenarbeiterausstandes die übrigen Grubenarbeiterverbände sich in einen Solidaritätsausstand begeben sollten.